

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2014

**DER DELEGATION BEI DER
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG
DES EUROPARATS**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung.....	3
II.	Zusammensetzung der Parlamentarierdelegation	3
III.	Allgemeines zur Institution Europarat	3
	1. Entstehung und Zusammensetzung.....	4
	2. Ziele	4
	3. Die wichtigsten Organe des Europarats.....	4
	4. Praktische Auswirkungen für Europa.....	7
	5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte	7
IV.	Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2014	7
	1. Neue Geschäftsordnung des Landtags	7
	2. Tagungen der Parlamentarischen Versammlung	8
	2.1 Wintersession vom 27. bis 31. Januar 2014.....	9
	2.2 Frühjahrsession vom 22. bis 26. April 2014.....	13
	2.3 Sommersession vom 23. bis 27. Juni 2014.....	18
	2.4 Herbstsession vom 29. September bis 3. Oktober 2014.....	21
V.	Wahlbeobachtung.....	23
VI.	Besuch Papst Franziskus.....	24
VII.	Reisekosten und Taggelder der Delegation	24
VIII.	Generelle Ausführungen	24
	1. Zusammenarbeit	24
	2. Präsenz während der Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung und der ständigen Kommission	24
	3. Erfahrungen mit der neuen Geschäftsordnung (GOLT)	25
	4. Finanzen	25
IV.	Schlusswort und Antrag	25

I. Einleitung

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation beim Europarat berichtet im Folgenden über ihre Tätigkeit während der 64. ordentlichen Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarats im Jahr 2014, welche wiederum in vier Teilsessionen in Strassburg tagte.

II. Zusammensetzung der Parlamentarierdelegation

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde im Landtag an der Eröffnungssitzung vom 27. März 2013 für die Mandatsperiode 2013 bis 2017 gewählt. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

- Abg. Gerold Büchel, Delegationsleiter
- Abg. Judith Oehri, Mitglied
- Stv. Abg. Rainer Gopp, Ersatzmitglied
- Abg. Karin Rüdisser-Quaderer, Ersatzmitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

III. Allgemeines zur Institution Europarat

Grundsätzlich kann jeder europäische Staat Mitglied des Europarats werden – vorausgesetzt, er akzeptiert das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und garantiert seinen Bürgern die Wahrung der Menschenrechte und demokratischen Grundfreiheiten.

Der Europarat umfasst 47 Mitgliedstaaten. Liechtenstein ist als 21. Mitglied am 23. November 1978 beigetreten. 2007 trat Montenegro als jüngstes Mitglied bei. Die drei Länder Kanada, Israel und Mexiko haben einen sogenannten Beobachterstatus beim Europarat. Ein weiteres «Instrument» besteht seit 2011: Partner für Demokratie. Marokko und der palästinensische Nationalkongress sind die ersten zwei Mitglieder in dieser «Vorschule» für Demokratie. Seit April 2014 ist auch Kirgisistan Partner für Demokratie.

Der Europarat wird oftmals mit der Europäischen Union verwechselt. Die EU hat jedoch eine wesentlich anders geartete Organisationsstruktur mit einer unterschiedlichen Zielausrichtung. Sämtliche 28 Staaten der Europäischen Union sind ordentliche Mitglieder des Europarats. Hauptsitz des Europarats ist Strassburg, während jener der EU Brüssel ist.

1. Entstehung und Zusammensetzung

Der Europarat wurde 1949 gegründet und ist eine zwischenstaatliche politische Organisation. Er umfasst 47 pluralistische Demokratien – darunter 22 mittel- und osteuropäische Staaten – und hat seinen ständigen Sitz im Europa-Palais in Strassburg. Diese erste supranationale Organisation repräsentiert derzeit eine Bevölkerung von 820 Millionen Menschen.

2. Ziele

- Verteidigung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten.
- Stärkung der demokratischen Stabilität Europas durch Reformen in Politik, Gesetzgebung und Verfassung.
- Die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen, wie beispielsweise Diskriminierung von Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Bioethik, Terrorismus, Menschenhandel, Kriminalität und Korruption, Datennetzkriminalität, Umweltschutz.
- Erstellung von Berichten mit Entschliessungen und Empfehlungen zuhanden des Ministerrats.
- Entfaltung einer europäischen kulturellen Identität – eines europäischen Wir-Bewusstseins – insbesondere über den Weg der Bildung.

3. Die wichtigsten Organe des Europarats

Die Arbeit des Europarats stützt sich auf die folgenden drei Organe:

Das Ministerkomitee – als verlängerter Arm der einzelnen Regierungen – ist das Entscheidungsorgan des Europarats, das von den Aussenministern der Mitgliedstaaten bzw. deren ständigen Vertretern gebildet wird. Es prüft, was auf die Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas sowie auf Vorschläge der Regierungsexpertenausschüsse und der Fachkonferenzen hin geschehen soll. Es verabschiedet das Arbeitsprogramm und den Etat des Europarats und ist ein ständiges Forum für den politischen Meinungsaustausch und die Willensbildung. Der Vorsitz im Ministerkomitee wechselt alle sechs Monate.

Die Parlamentarische Versammlung ist das beratende Gremium des Europarats und besteht aus Abgeordneten der 47 nationalen Parlamente. Sie war die erste paneuropäische Versammlung in der Geschichte unseres Kontinents. Mit den Delegationen aus den nationalen Parlamenten ist sie nach wie vor das grösste politische Forum Europas. Als neue Präsidentin der Versammlung wurde im Januar Anne Brasseur (ALDE) aus Luxemburg gewählt.

Die Parlamentarier können durch Beschlüsse in der Parlamentarischen Versammlung Einfluss auf das Ministerkomitee nehmen. Die vorgelagerte Mitarbeit in den einzelnen Fachkomitees ist äusserst wichtig und wird von uns Delegierten auch so gehand-

habt. Ebenso wichtig ist aber auch die entsprechende Berichterstattung an die nationalen Parlamente bzw. Regierungen. Die Kommunikation ins Parlament bzw. in die Regierung ist jedoch auch mangels geeigneter struktureller bzw. organisatorischer Einrichtungen schwierig. Dies ist nicht nur in Liechtenstein der Fall. Es ist eher so, dass diese Situation ein grundsätzliches Kommunikationsproblem zwischen den nationalen und den supranationalen Parlamenten darstellt.

Die Parlamentarische Versammlung besteht aktuell aus 636 Mitgliedern, darunter 318 Stellvertreter. Liechtenstein hat ein Kontingent von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern, was gemäss Statuten das Minimum darstellt. Im Weiteren sieht der Europarat Gastdelegationen aus Nichtmitgliedstaaten vor.

Die fünf politischen Gruppierungen der Parlamentarischen Versammlung sind wie folgt aufgeteilt (die Zahlen in Klammern stellen die Anzahl der Delegierten dar und basieren auf dem Stand vom Oktober 2014). Aufgrund unterschiedlicher Wahltermine in den einzelnen Ländern sind die untenstehenden Angaben entsprechenden Veränderungen unterworfen:

- Sozialisten – SOC (200)
- Europäische Volkspartei – EPP/CD (191)
- Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa – ALDE (77) - davon FL-Delegation (4)
- Europäische Demokratische Gruppe – EDG (61)
- Europäische Gruppe der Vereinigten Linken – UEL (37)
- Parteiunabhängige – NR (60)

Die Parlamentarische Versammlung verfügte über acht Fachkomitees:

- Committee on Political Affairs and Democracy,
- Committee on Legal Affairs and Human Rights,
- Committee on Social Affairs, Health and Sustainable Development,
- Committee on Migration, Refugees and Displaced Persons,
- Committee on Culture, Science, Education and Media,
- Committee on Equality and Non-Discrimination,
- Committee on Rules of Procedure, Immunities and Institutional Affairs,
- Committee on Honouring of Obligations and Commitments by Member States of the Council of Europe.

In Komitees werden die diversen Themen ausführlich behandelt. Bevor ein Bericht in die Parlamentarische Versammlung gelangt, wird in diesen Komitees darüber beraten. Die Komitees führen ihre Sitzungen auch ausserhalb der ordentlichen Sessions-

wochen durch, da zum Zeitpunkt der Sessionen die aufbereiteten und in den Ausschüssen zu verabschiedenden Berichte vorliegen müssen. Aufgrund der Tatsache, dass Liechtenstein nur das Minimal-Kontingent von vier Delegierten verfügbar hat, gibt es entsprechende Engpässe bei der Wahrnehmung der Aufgaben in diesen Fachgruppen.

Die liechtensteinischen Delegationsmitglieder nehmen wie folgt Einsitz in diesen Komitees:

- | | | |
|---|---|---|
| - | Committee on Political Affairs and Democracy | Gerold Büchel
Rainer Gopp (Ersatz) |
| - | Committee on Legal Affairs and Human Rights | Judith Oehri
Karin Rüdissler-Quaderer (Ersatz) |
| - | Committee on Social Affairs, Health and Sustainable Development | Gerold Büchel
Rainer Gopp (Ersatz) |
| - | Committee on Migration, Refugees and Displaced Persons | Judith Oehri
Karin Rüdissler-Quaderer (Ersatz) |
| - | Committee on Culture, Science, Education and Media | Rainer Gopp
Gerold Büchel (Ersatz) |
| - | Committee on Equality and Non-Discrimination | Karin Rüdissler-Quaderer
Judith Oehri (Ersatz) |
| - | Committee on Rules of Procedure, and Institutional Affairs | (keine Besetzung) |
| - | Monitoring Committee | (keine Besetzung) |
| - | Standing Committee | Delegationsleiter |

Ausserhalb der Strassburger Sessionswochen tagt das Standing Committee, in welchem die Delegationsleiter neben den Mitgliedern des Bureaus sowie den Fraktions- und Fachkomiteevorsitzenden der politischen Gruppen Einsitz nehmen. Sitzungsort ist Paris oder der jeweilige Parlamentssitz des Mitgliedslandes, welches im Ministerkomitee den Vorsitz führt. Das Standing Committee ist vergleichbar mit unserem Landesausschuss, der bekanntlich dringende Geschäfte in der Periode ausführt, in welcher der Landtag geschlossen ist.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas ist ein beratendes Organ des Europarats. Das Ministerkomitee schuf 1994 den Kongress der Gemeinden und Regionen als Nachfolger der ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas. Er ist in zwei Kammern gegliedert, von denen eine die Gemeinden, die andere die Regionen vertritt. Der Kongress hält seine Plenarsitzungen einmal jährlich im Europa-Palais in Strassburg ab. Die Parlamentarische Delegation ist hier nicht involviert.

Alle diese Instanzen werden bei ihrer Arbeit durch die rund 2000 Mitarbeiter des Eu-

roparats unterstützt. Geleitet werden die verschiedenen Fachdirektionen durch den seit 1. Oktober 2009 amtierenden und im Berichtsjahr für weitere fünf Jahre gewählten Generalsekretär Thorbjørn Jagland aus Norwegen.

4. Praktische Auswirkungen für Europa

Die Arbeit des Europarats führt zu europäischen Konventionen und Abkommen, die die Grundlage für die Anpassung und Harmonisierung der Gesetze in den verschiedenen Mitgliedstaaten bilden. Einigen dieser Rechtsinstitute können auch Nicht-Mitgliedstaaten beitreten. Das Ergebnis von Studien und Arbeiten wird den Regierungen der Mitgliedstaaten zugeleitet, um die Kooperation und den sozialen Fortschritt in Europa zu ermöglichen und voranzutreiben.

Per 31.12.2014 existierten total 217 europäische Konventionen. Seitens Liechtensteins sieht diesbezüglich die Situation wie folgt aus:

- 80 Konventionen sind unterschrieben und ratifiziert
- 12 Konventionen sind «nur» unterschrieben
- 1 Konvention ist gekündigt
- 124 Konventionen sind weder unterschrieben noch ratifiziert

5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte

Diese selbstständige Organisation war und ist ein Herzstück innerhalb des Europarats. Der Gerichtshof tagt ständig und ist für alle Verfahrensschritte, von der Prüfung der Zulässigkeit einer Beschwerde bis hin zum rechtskräftigen Urteil, zuständig. Die Richter werden – und dies ist der Berührungspunkt zur Parlamentarischen Versammlung – von dieser gewählt. Der Gerichtshof hat infolge Arbeitsüberlastung dringende Reformen nötig. Ein wichtiger Schritt hierfür war die Inkraftsetzung von Protokoll 14, welches am 1. Juni 2010 Realität wurde. Weitere Reformschritte müssen jedoch folgen, was aufgrund der finanziellen Situation allgemein und besonders beim Europarat keine einfache Angelegenheit darstellt.

IV. Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2014

1. Neue Geschäftsordnung des Landtags

Die bereits im letztjährigen Jahresbericht gemachten Ausführungen bezüglich den Erfahrungen unter der neuen GOLT konnten in diesem Jahr leider nicht verbessert werden. Auch in diesem Jahr war es mit einer Zweierdelegation nicht möglich, eine akzeptable Präsenz vor allem bei den Kommissionssitzungen zu gewährleisten. Erneut war es dem Präsidium des Landtags nicht möglich, die Terminkollisionen mit den Sitzungen der parlamentarischen Versammlung des Europarats zu verhindern. 50% der Sitzungen kollidierten erneut mit den Landtagssitzungen. Die während den Debatten

zur Landtagsreform gemachten Ausführungen, dass im Gegenzug zur Halbierung der Delegation, Terminkollisionen mit den Landtagssessionen verhindert werden würden, war in der Theorie ein schöner Vorsatz, erscheint aber in der Praxis schlichtweg nicht durchführbar. Der Ausblick ins Jahr 2015 zeigt zwar eine Verbesserung in Bezug auf Terminkollisionen, trotzdem ist die Terminierung ohne Terminkollisionen auch für das Jahr 2015 und somit im dritten Jahr nicht möglich. Aus Sicht der Delegation der parlamentarischen Versammlung des Europarats stellt dies nach wie vor eine sehr unbefriedigende Situation dar.

2. Tagungen der Parlamentarischen Versammlung

Während der Sessionswochen fallen nicht nur die Versammlungen im Plenum an, welches sich insgesamt neunmal in der Woche trifft. Jeweils zu fixen Zeiten finden ausserdem die Sitzungen der Fachkomitees sowie die Fraktionssitzungen der Parteien statt. In Zahlen ausgedrückt sind dies in der Woche zwischen 25 und 30 Sitzungen der Fachkomitees und drei Fraktionssitzungen. Die Anwesenheit der Mitglieder wird protokolliert und ist deshalb nachvollziehbar.

Während bei den Fachkomitees die inhaltlichen Grundlagen geschaffen werden, werden in den vier Sessionswochen und den drei Sitzungen der ständigen Kommission Entscheide gefällt und Vorlagen verabschiedet. Eine Übersicht der im Jahre 2014 abgehaltenen Sitzungen ist unten aufgeführt. Des Weiteren wird kurz erwähnt, wie viele Vorlagen behandelt worden sind und wie die Teilnahme Liechtensteins (ohne Parlamentsdienst) sich widerspiegelt:

1. Erste Sessionswoche (27.-31. Januar 2014)
 - 2 Teilnehmer aus Liechtenstein während der ganzen Session
 - 15 Vorlagen im Plenum behandelt
2. Ständige Kommission (7. März 2014)
 - Keine Teilnahme Liechtensteins
 - 5 Vorlagen behandelt
3. Zweite Sessionswoche (7.-11. April 2014)
 - 2 Teilnehmer aus Liechtenstein während zwei Tagen
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während vier Tagen
 - 15 Vorlagen behandelt
4. Ständige Kommission (23. Mai 2014)
 - Keine Teilnahme Liechtensteins
 - 9 Vorlagen behandelt
5. Dritte Sessionswoche (23.-27. Juni 2014)
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während der ganzen Session
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während vier Tagen
 - 16 Vorlagen behandelt
6. Vierte Sessionswoche (29. September-3. Oktober 2014)
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während zwei Tagen
 - 1 Teilnehmer aus Liechtenstein während vier Tagen
 - 15 Vorlagen behandelt
7. Ständige Kommission (18. November 2014)
 - Keine Teilnahme Liechtensteins
 - 9 Vorlagen behandelt

Eine kurze inhaltliche Zusammenfassung der Sessionen, an welchen zumindest ein liechtensteinisches Delegationsmitglied teilgenommen hat, ist in den folgenden Absätzen zu finden.

2.1 Wintersession vom 27. bis 31. Januar 2014

An der Wintersession nahm die komplette Delegation, bestehend aus dem Abg. Gerold Büchel als Delegationsleiter und der Abg. Judith Oehri, teil. Die Delegation wurde von Sandra Gerber-Leuenberger begleitet.

Behandelte Vorlagen

Während der Januar-Session wurden insgesamt 15 Vorlagen im Plenum behandelt unter anderem «Ablehnung der Straffreiheit für die Mörder von Sergej Magnitski», «Eine Strategie zur Prävention von Rassismus und Intoleranz in Europa», «Gegen Rassismus in der Polizei», «Auswertung des Status Partner für Demokratie des Palästinensischen Nationalrats», «Syrische Flüchtlinge: wie soll internationale Hilfe und Unterstützung organisiert werden?» und «Klimawandel: ein Rahmenwerk für ein weltweites Abkommen im Jahr 2015».

Ablehnung der Straffreiheit für die Mörder von Sergej Magnitski

In dieser Entschliessung fordert die PV die russischen Behörden dringend auf, eine vollständige Untersuchung über die Umstände und den Hintergrund des Todes von Sergej Magnitski sowie über die mögliche strafrechtliche Verantwortung aller beteiligten Beamten durchzuführen. Die Versammlung hat sich weiter dazu verpflichtet, die Umsetzung ihrer Vorschläge aufmerksam zu verfolgen. Weiter empfiehlt die PV ihren Mitgliedsländern als letztes Mittel, dem Beispiel der Vereinigten Staaten zu folgen und im Hinblick auf die am Tod des russischen Steuerexperten Sergej Magnitski beteiligten Personen gezielte Sanktionen zu verabschieden – Visa-Verbot, Einfrieren von Bankkonten –, falls die zuständigen russischen Behörden innerhalb einer angemessenen Frist keine zufriedenstellende Antwort auf ihre Forderungen gegeben haben.

Die Entschliessung wurde mit 151 Ja-Stimmen, bei 25 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen angenommen. Die liechtensteinischen Delegierten stimmten der Entschliessung zu.

Dringlichkeitsdebatte zum Funktionieren der Demokratischen Institutionen in der Ukraine

Der Beschluss betont, dass der Widerruf der Demonstrationsgesetze und der Rücktritt der Regierung erste Schritte zu einer friedlichen Lösung der politischen Krise seien. Weiter fordert er, dass die ukrainischen Behörden offene, ehrliche und wirksame Verhandlungen mit der Opposition führen und rasch zu einem Konsens über die geopolitische Ausrichtung, die demokratische Entwick-

lung sowie die verfassungsrechtliche Ordnung des Landes kommen sollen. Der Beschluss wurde mit zahlreichen Änderungsanträgen mit 115 Ja Stimmen bei 166 Anwesenden angenommen. Die parlamentarische Versammlung des Europarats verurteilt die Gewalt in der Ukraine. Sie will jedoch den Abgeordneten aus Kiew vorerst nicht mit Sanktionen drohen. Nur bei einer gewaltsamen Räumung des Unabhängigkeitsplatzes sollte die Versammlung prüfen, ob den Parlamentariern des Landes das Stimmrecht entzogen werden sollte.

Die Empfehlung wurde mit 115 Ja-Stimmen, bei 37 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen angenommen. Die liechtensteinischen Delegierten stimmten der Entschliessung zu.

Energiediversifizierung als grundlegender Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung – Wortmeldung des Abg. Gerold Büchel

Die Abg. Büchel und Oehri haben einen Änderungsantrag zum vorliegenden Beschluss eingebracht, welcher sowohl im Ausschuss als auch im Plenum einstimmig angenommen wurde.

In seiner Intervention im Namen der ALDE Fraktion ging der Abg. Büchel auf die Herausforderungen des Klimawandels im 21. Jahrhundert sowie auf die Förderung neuer Energiequellen ein. «Bewusste Massnahmen, um den Schutz von Land, Luft und Wasser zu gewährleisten, sind begrüssenswert, genügen aber nicht. Es muss vielmehr sichergestellt werden, dass neue Technologien, wie beispielsweise Fracking, keine negativen Konsequenzen für die betroffenen Regionen haben», führte der Abg. Büchel in seinem Beitrag aus.

Die Entschliessung wurde mit 54 Ja-Stimmen, bei 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen. Die liechtensteinischen Delegierten stimmten der Entschliessung zu.

Überarbeitung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen – Wortmeldung der Abg. Judith Oehri

Die Abg. Judith Oehri hielt in ihrer Wortmeldung fest, dass die freie Meinungsäusserung und damit verbunden die Regulierung der Medien ein Thema ist, welches über die Jahre hinweg immer eine hohe Priorität im Europarat genossen hat. «Die freie Meinungsäusserung soll nicht nur im eigenen Land gewährleistet sein sondern auch über die Grenzen hinweg» so die Abg. Oehri. Weiter hielt sie fest, dass für Staaten welche nicht Mitglied der Europäischen Union sind, eine Revision dieses Übereinkommens von grosser Bedeutung sei.

Die Entschliessung wurde mit 43 Ja-Stimmen, bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen angenommen. Die liechtensteinischen Delegierten stimmten der Entschliessung zu.

Bericht des Generalsekretärs Thorbjørn Jagland

Der Generalsekretär rief die Mitgliedsstaaten auf, die revidierte Europäische Sozialcharta zu ratifizieren und sich mehr zu bemühen um die sozialen Ungleichheiten zu vermindern. Weiter betonte er die Notwendigkeit sich in allen Mitgliedsstaaten auf Monitoring und Zusammenarbeit zu konzentrieren. Der Reformprozess im Europarat sei noch nicht abgeschlossen und werde weiter verfolgt. Die Reform des Europäischen Menschengerichtshofs habe bislang gute Ergebnisse gezeigt und müsse ebenfalls weiter gehen. Abschliessend unterstrich er die Fähigkeit des Europarats, rasch und glaubhaft auf politische Entwicklungen zu reagieren. Dazu führte der Generalsekretär das aktuelle Engagement der Organisation in der Ukraine als Beispiel an.

Redebeiträge

Während der Januar-Session waren folgende Persönlichkeiten zu Gast, haben ihre Worte an die Parlamentarische Versammlung gerichtet und sich kritischen Fragen gestellt:

- Sebastian Kurz, Vorsitzender des Ministerkomitees
- Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments
- Werner Faymann, Österreichischer Bundeskanzler

Sebastian Kurz, Minister für Europa, Integration und Aussenpolitik Österreichs, Vorsitzender des Ministerkomitees

Der Minister führte die Prioritäten des österreichischen Vorsitzes aus: freie Meinungsäusserung, Wahrung der Rechte im Internet, Bekämpfung des Menschenhandels. Er betonte die Notwendigkeit, die Meinungs- und Pressefreiheit zu verteidigen, eine freie Presse sei eine Grundvoraussetzung für Demokratie. Weiter hob er Österreichs Rolle bei der Bekämpfung von Menschenhandel hervor. Abschliessend betonte er die Wichtigkeit des freien Zugangs zum Internet und des Schutzes der persönlichen Daten.

Martin Schulz, Präsidenten des Europäischen Parlaments

Martin Schulz betonte in seiner Ansprache die Wichtigkeit der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Ebenso erwähnte er die Synergien bei der Wahrung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Vielfach würde bereits das Expertenwissen seitens des Europarats in die Arbeit des Europäischen Parlaments einfließen, so z.B. bei den Urteilen des Menschengerichtshofs. Als historischer Meilenstein bezeichnete er den bevorstehenden Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

Werner Faymann, Österreichischer Bundeskanzler

Der österreichische Bundeskanzler erklärte, dass die dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union nicht zu einem Gewöhnungseffekt werden dürfe. Die bisher ergriffenen Massnahmen zur Stabilisierung der Volkswirtschaften seien zwar die richtigen Schritte, doch habe Europa nicht genug getan um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Man dürfe nicht zulassen, dass die Falschen den höchsten Preis für die Krise zahlen. Weiter führte er aus, dass Europa qualitatives und nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze zur Schaffung von Wohlstand brauche. Er betonte, dass auch die Jugend sich zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten bekennen sollte. Weiter verurteilte er die Diskriminierung von Homosexuellen, diese stehe im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Weiter unterstrich er, dass er den Boykott von internationalen Sportanlässen nicht unterstütze, da dies wenig zur Bekämpfung der Diskriminierung beitrage.

Frage der Abg. Judith Oehri an Werner Faymann

Herr Bundeskanzler! Als Nachbarn von Österreich, insbesondere des Bundeslandes Vorarlberg, hören wir zunehmend kritische Stimmen in Bezug auf die Förderung von Gas im Bodenseeraum und der Verwendung der Technologie des Fracking. Die Bedenken werden vor allem in den möglichen negativen Auswirkungen auf die Umwelt gesehen. Wie sehen Sie die Entwicklung bezgl. Fracking in Österreich und den umliegenden Staaten?

Antwort von Werner Faymann

Zu Liechtenstein und dem Schiefergas: In unserer Diskussion in Österreich gibt es grosse Skepsis zur Schiefergasförderung. Wir prüfen standortbezogen, ob die umweltpolitischen Voraussetzungen technologisch und von der Forschung her geschaffen sind und ob wir den Anforderungen, die wir für Grundwasser und andere Umweltbedingungen haben, vom Stand der Technik her gerecht werden.

Das ist nicht der Fall. Nun gibt es, wie oft in der Technologie, zwei Richtungen. Die einen sind der Meinung, dass die Voraussetzungen für die ökologische Nutzung von Schiefergas nie geschaffen sein werden. Die anderen stellen sich auf den Standpunkt, dass es eine Frage der Investitionen in Forschung und Entwicklung ist, wenn man den ökologischen Anforderungen der Schiefergasförderung gerecht werden will. Europa befindet sich im Bereich der Energiepolitik in einer schwierigen Situation, denn wir benötigen den Industriestandort Europa und in der Industrie spielt günstige Energie natürlich eine Hauptrolle. Daher ist die Frage, ob Schiefergas umweltgerecht genutzt werden kann, sehr wichtig.

Aber zur Stunde würden wir in Österreich bei den Standorten, die wir geprüft haben, zur Antwort kommen, dass das derzeit nicht möglich ist. Wir haben hier also einen Gegensatz zwischen dem dringenden Wunsch, zusätzliche günstige Energie bereitzustellen, und dem heutigen Stand der Technologie, bei dem die Schiefergasnutzung aus unserer Sicht eben noch nicht möglich ist.

Wahl einer neuen Präsidentin

Anne Brasseur (ALDE) wurde mit einer absoluten Mehrheit von 165 Stimmen im ersten Wahlgang gewählt. Der Gegenkandidat Robert Walter (EDG) erreichte 125 Stimmen. Anne Brasseur ist die 27. Präsidentin der PV seit 1949, die erste Präsidentin aus Luxemburg und die zweite Frau in dieser Position. Sie ist für ein Jahr gewählt, mit der Möglichkeit zu einer Wiederwahl.

ALDE Wahlen

Als neuer Präsident wurde Jordi Xuclà i Costa aus Spanien gewählt. Die Abg. Judith Oehri wurde zur Revisorin bestellt.

Treffen der Delegation mit dem Generalsekretär des Europarats Thorbjørn Jagland

Auf Einladung des Generalsekretärs traf sich die Delegation zu einem Gespräch mit Thorbjørn Jagland in dessen Büro. In dem 30-minütigen informellen Treffen erläuterte der Generalsekretär u.a. seine Visionen und Strategien für den Europarat. Die Delegation konnte bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringen, wie wichtig die Unterstützung der Partnerstaaten für Kleinstdelegationen ist.

2.2 Frühjahrsession vom 22. bis 26. April 2014

Die Frühjahrsession kollidierte mit der Landtagssitzung und somit konnte die Abg. Judith Oehri lediglich zwei Tage vor Ort sein. Der Stv. Abg. Rainer Gopp vertrat Liechtenstein während vier Tagen. Während zwei Tagen wurde die Delegation von Sandra Gerber-Leuenberger vor Ort unterstützt.

Behandelte Vorlagen

An der April Session wurden insgesamt 15 Vorlagen vom Plenum behandelt, unter anderem «Fortschrittsbericht des Büro und des Ständigen Ausschusses», «Prostitution, Menschenhandel und moderne Sklaverei in Europa», «Der Schutz von Minderjährigen vor Exzessen von Sekten», «Antrag des kirgisischen Parlaments auf Status eines Partners für Demokratie», «Jahresbericht des Menschenrechtskommissars des Europarats» sowie «Das Recht auf Zugang zum Internet». Dominierendes Thema der Session waren aber die Ukraine und Russland.

Dringlichkeitsdebatte - Jüngste Entwicklungen in der Ukraine: Gefahren für das Funktionieren der demokratischen Institutionen

Die Parlamentarische Versammlung erklärte in ihrer Entschliessung zur Dringlichkeitsdebatte, dass das sogenannte Referendum auf der Krim verfassungs-

widrig war, sein Ergebnis und die illegale Eingliederung der Krim in die Russische Föderation folglich nicht rechtsverbindlich sei und somit vom Europarat nicht anerkannt wird. Weiter unterstreicht die Entschliessung, dass die russischen Behörden den Drang nach Sezession und nach Eingliederung in die Föderation heraufbeschworen, angefacht und mit Militärintervention abgesichert haben.

Sie empfiehlt, dass die Vertragsstaaten des Budapester Memorandum sowie weitere betroffene europäische Staaten, die Möglichkeiten konkreter Sicherheitsabkommen prüfen, um die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integration der Ukraine zu gewährleisten. Weiter anerkennt die PV die Legitimität der neuen Behörden in Kiew und des Ukrainischen Parlaments uneingeschränkt. Die PV fordert das Ukrainische Parlament auf, die notwendigen Verfassungsänderungen dringend zu verabschieden, um ein ausgewogeneres Gleichgewicht zwischen dem Präsidenten und der Legislative herzustellen sowie die Verfassung mit den Normen des Europarats in Einklang zu bringen.

Die Entschliessung wurde mit 154 Ja-Stimmen, bei 26 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen angenommen. Der liechtensteinische Delegierte stimmt der Entschliessung zu.

Nachprüfung der zuvor ratifizierten «Beglaubigungsschreiben» der russischen Delegation

Nach einer dreistündigen Debatte erklärte die Parlamentarische Versammlung, dass die militärische Besetzung des ukrainischen Hoheitsgebiets, die Androhung militärischer Gewalt, die Anerkennung des illegalen Referendums und die Angliederung der Krim eine schwere Verletzung des Völkerrechts darstellt. Weiter betonte die Versammlung, dass die Angliederung der Krim an Russland im klaren Gegensatz zur Satzung des Europarats und zu den Verpflichtungen stehe, die Russland bei seinem Beitritt 1996 eingegangen ist.

Mit 145 Stimmen entschied die Versammlung die folgenden Rechte der russischen Delegation – mit 18 Mitgliedern – bis zum Ende der Sitzungsperiode 2014 zu suspendieren:

- die Stimmrechte,
- das Recht auf Vertretung im Präsidium der Versammlung,
- das Recht auf Vertretung im Ausschuss der Fraktionsvorsitzenden,
- das Recht auf Vertretung im Ständigen Ausschuss,
- das Recht auf die Teilnahme an Wahlbeobachtungsmissionen.

Die PV betonte dennoch, dass der politische Dialog der bevorzugte Weg bleiben sollte, um einen Kompromiss zu finden und dass es keine Rückkehr zu den Denkmustern des Kalten Krieges geben sollte. Die Ausschliessung der russischen Delegation würde einen solchen Dialog unmöglich machen. Die russische Delegation boykottierte die Debatte aus Protest. Weiter hält die Entschliessung fest, dass sich die Versammlung das Recht vorbehält, die Beglaubigungsschreiben der russischen Delegation zu widerrufen, falls die Russische Föderation

keine Entspannung der Lage ermöglicht und die Angliederung der Krim nicht rückgängig macht.

Die Entschliessung wurde mit 145 Ja-Stimmen, bei 21 Nein-Stimmen und 22 Enthaltungen angenommen. Der liechtensteinische Delegierte stimmt der Entschliessung zu.

Prostitution, Menschenhandel und moderne Sklaverei in Europa

Auch in Europa ist der Menschenhandel zu Zwecken der Prostitution, der Zwangsarbeit und der Organentnahme weit verbreitet. Insgesamt geschehen 84% des Menschenhandels in Europa zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Somit sind Gesetze und Massnahmen gegen die Prostitution unverzichtbare Instrumente zur Bekämpfung des Menschenhandels. Die Versammlung hält fest, dass die verschiedenen Gesetzgebungen in Europa angeglichen und die internationale Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern der Opfer ausgebaut werden sollte. Zudem erklärte die PV, dass die Strafbewehrung des Erwerbs sexueller Dienstleistungen – wie sie das schwedische Modell vorsieht – als das wirksamste Instrument zur Bekämpfung des Menschenhandels erscheint.

Die Entschliessung wurde mit 82 Ja-Stimmen, bei 17 Nein-Stimmen und 25 Enthaltungen angenommen.

Antrag des kirgisischen Parlaments auf Status eines Partners für Demokratie

Die Parlamentarische Versammlung hat den Antrag des kirgisischen Parlaments auf Status eines Partners für Demokratie gutgeheissen. Kirgisistan ist somit der erste zentralasiatische Staat, welcher – neben Marokko und Palästina – diesen Status innehat. Die verabschiedete Entschliessung enthält eine Reihe von Bereichen in welchen in den nächsten Jahren Fortschritte erzielt werden sollten. Dies sind u.a. die Gewaltenteilung und die Stärkung der Rolle des Parlaments, die Bekämpfung der Korruption und die Reform des Justizsystems, die Durchführung von freien und fairen Wahlen aber auch die Verhütung von Folter sowie die Verbesserung von Haftbedingungen. Weiter begrüsst die PV die Entschlossenheit des Landes, die Demokratie zu stärken und verfassungsmässige, institutionelle, politische und rechtliche Reformen umzusetzen. Die Versammlung wird in zwei Jahren einen erneuten Bericht über den aktuellen Stand erstellen.

Die Entschliessung wurde mit 86 Ja-Stimmen, bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen. Der liechtensteinische Delegierte stimmt der Entschliessung zu.

Redebeiträge

Während der April-Session waren folgende Persönlichkeiten zu Gast, haben ihre Worte an die Parlamentarische Versammlung gerichtet und sich kritischen Fragen gestellt. Eine kurze Zusammenfassung der Referenten ist anschliessend zu finden:

- Sebastian Kurz, Vorsitzender des Ministerkomitees
- Heinz Fischer, Präsident Österreichs

Sebastian Kurz, Minister für Europa, Integration und Aussenpolitik Österreichs, Vorsitzender des Ministerkomitees

Zum zweiten Mal berichtete der österreichische Minister Sebastian Kurz über die Tätigkeit des Vorsitzes seines Landes im Ministerkomitee, wie der Kampf gegen Korruption, der Kampf gegen den Menschenhandel, die Stärkung der Rechte im Internet oder die Bemühungen Österreichs, die Zahl der Ratifizierungen des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Istanbul Konvention) zu steigern.

Weiter berichtete Kurz, dass die Ukraine den Vorsitz geprägt habe und sich die Lage in der Ukraine seit Januar grundlegend geändert habe. Er wies darauf hin, dass schwierige Aufgaben zu lösen seien, äusserste aber seine Zufriedenheit über die Einsetzung des Internationalen Beratergremiums zur Untersuchung der Zusammenstösse, die sich zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften ereignet haben.

Er betonte die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der OSZE und die Wichtigkeit einer Verfassungsreform in der Ukraine. Er unterstrich, dass der Europarat einen eindeutigen Appell an die Russische Föderation gerichtete habe, in einen direkten Dialog einzutreten und er hoffe, dass dieser Appell gehört werde. Abschliessend wies er auf den bevorstehenden 65. Jahrestag der Gründung des Europarats hin und führte aus, dass die Geschehnisse der letzten Monate gezeigt haben, dass der Europarat nicht nur sehr wichtig sei, sondern, dass es nach wie vor sehr viel für ihn zu tun gebe. Anschliessend bot sich den Parlamentariern die Möglichkeit dem Vorsitzenden des Ministerkomitees Fragen zu stellen.

Der Stv. Abg. Rainer Gopp stellte Sebastian Kurz die folgende Frage

Österreich hat als Tor zum Osten grosse Erfahrung in Sachen Migration und Integration. Früher sind Migranten in vielen Ländern im Alter in ihr ursprüngliches Heimatland zurückgekehrt. Heute ist es häufig nicht mehr so. Dies stellt sicherlich auch Österreich vor neue Integrationsherausforderungen, z. B. im Bereich der Betreuung und Pflege im Alter. Hat Österreich bereits Massnahmen lanciert, Lösungen angedacht? Wie sehen Sie dieses Thema für den Europarat?

Antwort von Sebastian Kurz

Nun zum Thema der Migration und Integration und den sich daraus ergebenden Herausforderungen für Österreich, das von Liechtenstein angesprochen wurde. Wir haben in Österreich mittlerweile rund 20% Menschen mit Migrationshintergrund, wobei diese Menschen natürlich nicht gleichmässig auf das gesamte Gebiet unseres Landes verteilt sind. Es gibt beispielsweise in Wien in den Volksschulen rund 60% Kinder mit Migrationshintergrund. Sie sehen, dass insbesondere im urbanen Raum, aber auch bei Kindern und Jugendlichen die Prozentzahl von Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich höher ist als bei älteren oder im ländlichen Raum lebenden Menschen.

Ich möchte festhalten, dass diese Vielfalt, die wir in Österreich und mittlerweile auch in anderen europäischen Ländern haben, alles andere als nur ein Problem oder eine Herausforderung ist, sondern dass auch ganz viele Chancen damit verbunden sind. Dennoch ist klar, dass wir uns dem Thema der Integration widmen müssen, denn Integration findet definitiv nicht von allein statt.

Wir haben in den letzten Jahren zahlreiche Initiativen erarbeitet, um Zuwanderer, sobald sie in Österreich ankommen, bestmöglich im Spracherwerb und im Einstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Auf der anderen Seite haben wir aber auch Regelungen geschaffen, um schon vor der Zuwanderung aus Drittstaaten Zuwanderer anzuhalten, die deutsche Sprache zu lernen und sich mit den in Österreich geltenden Regeln und Wertvorstellungen auseinanderzusetzen.

Abschliessend zu diesem Punkt möchte ich auf die Frage eingehen, wie viel Prozent unserer Zuwanderer eigentlich als Flüchtlinge und wie viele auf anderen Wegen nach Österreich kommen. Wenn man über Zuwanderung, Migration, Flucht, allgemein über «Ausländer» spricht, dann sind die meisten Menschen nach wie vor der Meinung, dass der Grossteil derer, die nach Österreich kommen, auf der Flucht sind.

Das Gegenteil ist der Fall: Rund zwei Drittel unserer Zuwanderer kommen aus der Europäischen Union, ein Drittel kommt aus Drittstaaten. Von den 130'000 bis 140'000 Menschen, die jedes Jahr nach Österreich kommen, sind nur etwa 10% Personen Asylbewerber. Der Rest kommt als Migranten beziehungsweise im Rahmen der Niederlassungsfreiheit.

Heinz Fischer, Präsident Österreichs

In seiner Rede würdigte der österreichische Bundespräsident die Rolle des Europarats als eine unverzichtbare multilaterale Institution, die sich als eine wichtige Stütze für das friedliche Zusammenleben in Europa erwiesen habe. Weiter führte er aus, dass der Dialog eine unverzichtbare Form der Konfliktlösung sei. Es sei einfach Türen zu schliessen, aber Türen wieder zu öffnen, die einmal geschlossen wurden, sei viel schwieriger.

Aresnii Yatseniuk, Premierminister der Ukraine

Der Besuch wurde kurzfristig abgesagt.

2.3 Sommersession vom 23. bis 27. Juni 2014

Die Delegation mit dem Abg. Gerold Büchel als Delegationsleiter und der Abg. Judith Oehri war während der Sommersession die ganze Woche anwesend.

Behandelte Vorlagen

An der Juni Session wurden insgesamt 16 Vorlagen vom Plenum behandelt, unter anderem «Wahlbeobachtungsberichte aus Mazedonien und der Ukraine», «Flüchtlingsströme von Nordafrika nach Italien», «Gewalt in den Medien», «Western Sahara Konflikt», «Herausforderungen der Europäischen Entwicklungsbank» und «Verbesserungspotential des demokratischen Systems in der EU». Dominierendes Thema der Session war erneut die Ukraine und die Wahl des Generalsekretärs des Europarats.

Beobachtungsbericht der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine

Der Beobachtungsbericht beschäftigte sich mit den Präsidentschaftswahlen, welche am 25. Mai durchgeführt wurden.

Gemäss Berichterstatter kann dem ukrainischen Volk zu den Präsidentschaftswahlen gratuliert werden. Nachdem der frühere ukrainische Präsident in der Nacht vom 21. auf den 22. Februar geflüchtet war, fasste das Parlament die Entscheidung, diese Wahlen auszuschreiben, um sofort eine neue legitime politische Instanz zu schaffen. Auch der Europarat hatte diese Initiative unterstützt und daran geglaubt.

Der Berichterstatter unterstrich, dass seit 1994, als der Europarat begann, in der Ukraine Wahlen zu beobachten, wahrscheinlich noch nie eine so faire, offene Wahl ohne Interventionen und Manipulationen stattgefunden habe. Obwohl dadurch, dass etwa 24 Wahlbezirke in der Südostukraine durch einige Akteure massiv unter Druck gesetzt wurden, ca. fünf Millionen Bürger von der Wahl ausgeschlossen wurden, war diese Wahl von grosser Qualität.

Diese Qualität hat die Legitimation geschaffen, die der Präsident benötigt, um für das ganze Land zu sprechen. Es werde für den neuen Präsidenten weitere Herausforderungen geben, nämlich erstens zu verhindern, dass es im Südosten des Landes weiterhin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt, und zweitens die Verfassung zu erneuern, um eine bessere Gewaltenteilung zwischen Parlament und Präsident zu schaffen und den extremen Zentralismus zu überwinden, so der Berichterstatter.

Ausserdem müssen Neuwahlen zum Parlament stattfinden, in dem die Oligarchen noch immer viel zu mächtig sind, damit auch dieses durch das Volk legitimiert wird und der revolutionäre Prozess in eine ordentliche Demokratie überführt werden kann. Das Ausmass der Wahlbeteiligung war wie eine nachträgliche Sanktionierung der Revolution und ein Protest des Volkes gegen das, was im Südosten des Landes passiert.

Abschliessend führte der Berichterstatter aus, dass es insgesamt eine ausgezeichnete Wahl war, welche unter äusserst schwierigen Umständen stattgefunden habe.

Flüchtlings- und Migrationsherausforderungen für Italien und Europa

Europa steht nicht nur vor finanziellen und wirtschaftlichen Problemen, sondern auch vor einer humanitären Herausforderung. Wenn wir die Flüchtlingsströme betrachten, so muss man die Realität zur Kenntnis nehmen. 2013 sind allein nach Italien 42'900 Migranten, darunter 28'000 Asylbewerber, über das Mittelmeer gekommen. Bis zum Monat Mai dieses Jahres wurden 36'600 Flüchtlinge gezählt. Damit haben wir bereits im Mai fast die Anzahl des gesamten Jahres 2013 erreicht und werden im Jahre 2014 die Vorjahreszahlen wahrscheinlich verdoppeln. Dabei könnten die begleitenden Umstände dramatischer gar nicht sein. Niemand weiss wirklich, wie viele Menschen im Mittelmeer ertrunken sind. Deshalb ist die Wortwahl «Massengrab» durchaus gerechtfertigt.

Die Herausforderung wird es sein, das Problem der Flüchtlinge dort zu lösen wo es entsteht: in Afrika. Wir müssen den Menschen mit sinnvollen Projekten eine Perspektive im eigenen Land geben.

Die Entschliessung wurde mit 114 Ja-Stimmen, bei 31 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen angenommen. Die liechtensteinischen Delegierten stimmten der Entschliessung zu.

Gedenkveranstaltung anlässlich des hundertsten Jahrestags des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs

Redebeitrag von Andreas Gross (Präsident SOC)

«Vor hundert Jahren wurde nicht einfach der so genannte Erste Weltkrieg vom Zaune gebrochen; es begann der zweite 31-jährige Krieg in der europäischen Geschichte, der ganz genau genommen, wenn auch nicht für alle und nicht immer gleich heisst, 75 Jahre dauerte – ein ganzes kurzes 20. Jahrhundert lang.

1914 war tatsächlich eine Zäsur. Eine alte Welt, das alte Europa der Imperien, welche die Macht der dünnen, eigensüchtigen Eliten über das Recht stellten, und die vielen einfachen kämpfenden, leidenden, jedenfalls ohnmächtigen Menschen gingen unter in unvorstellbaren, totalen Kriegen, industriellen Gewaltorgien, Massenabschlachtungen. Ein Pole prägte später dazu den Begriff des Genozids, ein anderer den der Verbrechen an der Menschlichkeit, für Norbert Elias war es ein Zivilisationsbruch.

Einem genialen Dichter fiel einmal die Erkenntnis ein, dass aus Katastrophen jeder lernen könne; die eigentliche Kunst sei es, ohne Katastrophen zu lernen. Der erste Teil der Jahrhundertkatastrophe reichte dazu nicht - es bedarf einer weiteren, damit verknüpften Katastrophe. Erst nach dieser, nach 1945, sollte die Menschenwürde nicht mehr den Staaten anvertraut werden, sondern einer revolutionären, überstaatlichen Instanz: unserem Gerichtshof, der Perle unseres Europarates. Wenigstens das Menschenrecht wird jetzt vor staatlicher Macht geschützt.

Am Ende des 3. Drittels der Jahrhundertkatastrophe kam endlich wieder zusammen, was zusammen gehörte. Doch zu einem ähnlich umfassenden, die alten Gegner miteinbeziehenden, Frieden, Freiheit und Demokratie sichernden, transnationalen systemischen Fortschritt reichte es vor bald 25 Jahren nicht mehr. Gewaltvolle Rückfälle waren der Preis.

Diese Schöpfung steht uns immer noch bevor. Wir müssen sie ohne weitere grössere Katastrophen schaffen. Denn erst eine transnationale Wertegemeinschaft, die das Recht eines jeden vor jeder fremden Macht zu schützen versteht, kann verhindern, dass in 150 Jahren wieder Einige lieber schweigen möchten, weil wir nicht zu verhindern wussten, was Millionen von Menschen so grosse Schmerzen zufügte, wie das, was vor hundert Jahren begann».

Redebeiträge

Während der Juni Session waren folgende Persönlichkeiten zu Gast, haben ihre Worte an die parlamentarischen Versammlung gerichtet und sich kritischen Fragen gestellt:

- Ilham Aliyev, Präsident Aserbaidshans
- Petro Poroshenko, Präsident Ukraine

Wahl des Generalsekretärs des Europarats

Alle fünf Jahre kommt der Parlamentarischen Versammlung des Europarats die Pflicht zu, den Generalsekretär des Europarats zu wählen. In diesem Jahr stellte sich der bisherige Generalsekretär Thorbjørn Jagland (Norwegen) sowie die frühere deutsche FDP Ministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zur Wahl. In der ersten Wahlrunde, erhielt Thorbjørn Jagland 156 Stimmen (absolute Mehrheit) und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger 93 Stimmen. Insgesamt wurden 249 Stimmen gezählt. Thorbjørn Jagland wurde somit für eine zweite fünfjährige Amtszeit gewählt.

Im Jahr 2009 wurde Jagland zum Vorsitzenden des norwegischen Nobel-Komitees gewählt. Von 2005 bis 2009 war er Präsident des norwegischen Parlaments (Storting).

2.4 Herbstsession vom 29. September bis 3. Oktober 2014

Auch die Herbstsession kollidierte mit der Landtags Sitzung und somit konnte die Abg. Judith Oehri zwei Tage und der Stv. Abg. Rainer Gopp vier Tage in Strasbourg sein.

Behandelte Vorlagen

An der Oktober Session wurden insgesamt 15 Vorlagen vom Plenum behandelt. Viel Platz nahmen eine erneute Dringlichkeitsdebatte zur «Krise in der Ukraine» und der verheerenden Situation in Irak und Syrien, verursacht durch die Terror-Organisation IS, ein. Ebenso auf der Traktandenliste standen Berichte zur «Aktivität der OECD», «Fortschritte im Monitoringverfahren der Versammlung», «Die Einhaltung der Pflichten und Verpflichtungen durch Albanien» sowie «Die Rechte von Frauen und die Aussichten für eine euromediterrane Zusammenarbeit».

Aktualitätsdebatte zur «Krise in der Ukraine»

Fast 60 Parlamentarier standen auf der Rednerliste über die Debatte zur Krise in der Ukraine. Der österreichische Abgeordnete Schennach (Vorsitzender des Monitoring Komitees) eröffnete die Diskussion und forderte eine ständige und dauerhafte Waffenruhe in der Ukraine zusammen mit dem bedingungslosen und vollständigen Abzug der ausländischen Truppen aus dem Land. Weiter forderte er die Wiederherstellung der ukrainischen Souveränität und Grenzen, aber ebenso und nachdrücklich einen laufenden Dialog zwischen der Ukraine und ihrem Nachbarn Russland, um den Konflikt zu lösen. Weiter sprach er sich für die umfassende Untersuchung aller Kriegsverbrechen aus und warnte, dass die Ukraine «am Rande einer humanitären Katastrophe» stehe.

Der europäische Menschenrechtskommissar Nils Muiznieks, welcher vor kurzem die Krim besuchte, berichtet der Versammlung über die Menschenrechtslage auf der Krim. Neueste Überfälle auf die Krimtataren hatte die Gemeinschaft erschüttert und sollten gestoppt werden. So genannte «Selbstverteidigungskräfte» auf der Krim seien auch in schweren Menschenrechtsverletzungen einschliesslich Entführungen beteiligt gewesen. Ebenso äusserte er Bedenken hinsichtlich der Medienfreiheit: eine Reihe von kritischen Netzen sei abgeschaltet worden und Journalisten erhielten Warnungen oder ihre Ausrüstung werde beschlagnahmt. Auch der Menschenrechtskommissar bat um dringende Hilfe seitens der internationalen Gemeinschaft, die Ukraine umgehend sowohl mit kurzfristigem Bedarf an humanitärer Hilfe und mit längerfristigem Wiederaufbau zu unterstützen.

Dringlichkeitsdebatte mit dem Titel «Bedrohungen durch den Islamischen Staat und die Gewalt gegen Christen und andere religiöse Gemeinschaften»

Die Welt ist schockiert über die Bedrohungen und den Terror des Islamischen

Staates, welcher dieser über Irak und Syrien gebracht hat. Sein rasches und grausames Fortschreiten im Nahen Osten haben das Problem der erhöhten Verfolgung von religiösen und ethnischen Gemeinschaften zu einem todbringenden Ansturm verwandelt. Die Resolution ruft die Länder im Nahen Osten, zusammen mit Europa und den internationalen Gemeinschaften dazu auf, alle Gewaltakte zu verurteilen und alles dafür zu tun, Frieden in die Region zu bringen. Ebenso sollen dringende humanitäre Massnahmen intensiviert werden. Weiter soll die Parlamentarische Versammlung die Entwicklung der Lage in der Region sowie die tragischen humanitären Folgen der Krise und die Frage der ausländischen terroristischen Kämpfer genau verfolgen.

Die Entschliessung wurde mit 103 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen angenommen. Der liechtensteinische Delegierte stimmte der Entschliessung zu.

Verbesserung des Ansehens der beruflichen Bildung

Aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung wird der Bedarf an fachlich gut ausgebildeten Berufsleuten immer höher. Auch um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken, darf die berufliche Bildung nicht als Stiefkind betrachtet werden. Die Versammlung stellt fest, dass die Zeit gekommen ist, eine strategische Vision zur beruflichen Bildung zu formulieren. Dabei sollte sie ihre Attraktivität erhöhen und in Einklang mit den Bedürfnissen des Arbeitgebers bringen. Abschliessend fordert die Versammlung die Behörden auf, die notwendigen Ressourcen wie zum Beispiel Stipendien zur Verfügung zu stellen. Bei den angeregten Verbesserungen konnte die Delegation feststellen, dass gerade Liechtenstein und die Schweiz in diesem Bereich Vorbild für viele europäische Staaten sein können.

Die Entschliessung wurde einhellig mit 68 Ja-Stimmen angenommen. Der liechtensteinische Delegierte stimmte der Entschliessung zu.

Das Funktionieren der Demokratischen Institutionen in Georgien

Die Versammlung begrüsst in ihrem Bericht die friedliche und demokratische Übergabe der Macht nach den Präsidentschaftswahlen 2012 und den Parlamentswahlen 2013. Die Entschliessung begrüsst die angekündigten umfassenden Reformen, einschliesslich der Verfassungsreform. Die Versammlung fordert in ihrem Bericht die Behörden auf, sicherzustellen, dass die Ermittlungen und Verfolgungen von ehemaligen Regierungsbeamten – basierend auf Vorwürfen zu möglichem strafbarem Verhalten während ihren Amtszeiten – unparteiisch, transparent und unter Wahrung der Grundsätze eines fairen Verfahrens, wie es in der europäischen Menschenrechtskonvention verankert ist, durchgeführt werden. Die Versammlung zeigte sich besorgt über die weite Verbreitung der Untersuchungshaft und betonte, dass diese nicht für politische Zwecke verwendet werden dürfe. Der Bericht wurde anschliessend überaus kontrovers diskutiert.

Die Entschliessung wurde mit 103 Ja-Stimmen, bei 27 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen. Der liechtensteinische Delegierte stimmte der Ent-

schliessung nicht zu.

Gegenmassnahmen zu Erscheinungsformen des neuen Nationalsozialismus

«Neo-Nazis sollen nicht übersehen werden; sie sollen aber auch nicht zu Märtyrern gemacht werden». So beginnt der Bericht der Versammlung. Er betont die Verantwortung von Regierungsvertretern und Politikern und mahnt diese, eine Front gegen die Strömungen eines neuen Nationalsozialismus zu bilden. Weiter fordert der Bericht alle politischen Führer auf, sich in der Debatte gegen Neonazi-Bewegungen zu engagieren, um sie öffentlich zu verurteilen und ihre Ideologie abzulehnen. Um die Erinnerung an die Opfer des tragischen Angriffs eines Neonazis am 22 Juli 2011 in Norwegen am Leben zu halten, soll der 22. Juli zum Europäischen Tag für die Opfer von Volksverhetzung werden.

Die Entschliessung wurde mit 129 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen angenommen. Der liechtensteinische Delegierte stimmte der Entschliessung zu.

Redebeiträge

Während der Oktober Session informierte der aserbaidische Aussenminister und Vorsitzende des Ministerkomitees des Europarats, Elmar Mammadjarov über die Tätigkeiten des Europarats seit der letzten Session im Juni und stellte sich den Fragen der Abgeordneten.

Zudem sprach der Generalsekretär der OECD, Angel Gurría, vor der Versammlung und berichtete über den Jahresbericht der Organisation.

Vaclav Havel Menschenrechtspreis

Im Rahmen einer Feier am Eröffnungstag der Herbstsession wurde zum zweiten mal der «Vaclav Havel Menschenrechtspreis» verliehen. Dieses mal wurde er an den aserbaidischen Menschenrechtsaktivisten Anar Mammadli verliehen. Da Anar Mammadli zur Zeit im Gefängnis ist, nahm sein Vater Asaf Mammadov den Preis für seinen Sohn entgegen. Der mit EUR 60'000 dotierte Preis wird für herausragende Aktionen der Zivilgesellschaft zur Verteidigung der Menschenrechte in Europa und darüber hinaus vergeben.

V. Wahlbeobachtung

Am 26. Oktober 2014 fanden die Parlamentswahlen in der Ukraine statt. Die Abgeordnete Judith Oehri befand sich zum Zwecke der Wahlbeobachtung vom 23. bis 27. Oktober 2014 in Kiev. Die Kosten für diese Wahlbeobachtung wurden vom Europarat übernommen, dem Land Liechtenstein entstanden durch die Teilnahme keine Kosten.

Mehr Informationen finden interessierte Personen unter:

<http://assembly.coe.int/nw/xml/News/News-View-EN.asp?newsid=5267&lang=2&cat=31>

VI. Besuch Papst Franziskus

Am 25. November 2014 besuchte Papst Franziskus die Europäischen Institutionen in Strasbourg. Nach seiner Rede im Europäischen Parlament besuchte Papst Franziskus auf Einladung des Generalsekretärs des Europarats sowie der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung den Europarat. Bei seiner Ansprache im Plenarsaal waren sämtliche Organe des Europarats vertreten. Seitens der Parlamentarierdelegation verfolgte der Abg. Gerold Büchel die Worte des Papstes.

VII. Reisekosten und Taggelder der Delegation

Im Jahr 2014 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 13'321 (Vorjahr CHF 13'842). Die Taggelder in derselben Zeitspanne beliefen sich auf CHF 22'800 (Vorjahr CHF 22'600). Für die Beitragskosten an den Europarat sowie für die Kosten der Ständigen Vertretung in Strassburg zeichnet sich die Regierung verantwortlich.

VIII. Generelle Ausführungen

1. Zusammenarbeit

Die regelmässigen Vorbereitungssitzungen, welche vor jeder Sessionswoche stattfinden, haben sich als sehr wertvoll erwiesen. Insbesondere die jeweilige Einschätzung des Ständigen Vertreters des Europarats über die traktandierten Themen erleichtert den Delegationsmitgliedern die Einarbeitung in die zahlreichen Traktanden. Die Teilnahme des Stv. Ständigen Vertreters des Europarats an den Vorbereitungssitzungen der Delegation und damit die Möglichkeit zum direkten Informationsaustausch hat sich als sehr hilfreich erwiesen.

2. Präsenz während der Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung und der ständigen Kommission

Anhand der auf Seite 9 aufgeführten Sitzungen kann für das Jahr 2014 aus liechtensteinischer Sicht folgendes festgestellt werden:

- Es wurden 84 (Vorjahr 80) Vorlagen behandelt (100%)
- Bei 27 (Vorjahr 23) Vorlagen war **kein** Delegationsmitglied anwesend (32%)
- Bei 17 (Vorjahr 22) Vorlagen war **nur ein** Delegationsmitglied anwesend (20%)
- Bei 40 (Vorjahr 35) Vorlagen waren **beide** Delegationsmitglieder anwesend (48%)

Diese Grobbeurteilung zeigt, dass die liechtensteinische Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats erneut in über 50% der Entscheidungen nicht in der Lage ist, vollzählig anwesend zu sein, und bei über 30% der Entscheidungen erneut kein Mitglied aus Liechtenstein anwesend ist (unter der Annahme, dass alle De-

legationsmitglieder – wenn in Strassburg – immer an allen Sitzungen teilnehmen können). Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen hat sich das Bild sogar leicht verschlechtert.

3. Erfahrungen mit der neuen Geschäftsordnung (GOLT)

Die Ausführungen aus dem letztjährigen Bericht treffen auch vollumfänglich in diesem Berichtsjahr zu, müssen entsprechend hier nicht wiederholt werden. Die Forderung, Terminkollisionen zu verhindern, konnte wie bereits ausgeführt vom Präsidium zum Bedauern der Delegation leider nicht erfüllt werden.

4. Finanzen

Die Ausführungen aus dem letztjährigen Bericht treffen auch in diesem Jahr zu 100% zu. Leider wurden seitens des Landtags keinerlei Anstrengungen unternommen, um die Situation in irgendeiner Form zu verbessern. Der Delegationsleiter schlussfolgert somit, dass es nicht im Interesse des Landtags oder des Präsidiums liegt, die unbefriedigende Situation der parlamentarischen Versammlung des Europarats zu verbessern beziehungsweise die letztjährigen Vorschläge zu prüfen.

IV. Schlusswort und Antrag

Als Delegationsleiter dieser Delegation ist dies der zweite Bericht in der Mandatsperiode 2013 bis 2017. Rückblickend war der Ukraine Konflikt und in diesem Kontext der Stimmrechtsentzug der russischen Delegation, das dominierende Thema. Im Bezug zur Organisation des Europarats waren die Wahl von Anne Brasseur zur neuen Präsidentin der parlamentarischen Versammlung des Europarats und die Wiederwahl des Generalsekretärs Thorbjørn Jagland die bestimmenden Ereignisse.

Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats möchte sich an dieser Stelle recht herzlich für die grosse Unterstützung bedanken, ganz besonders bei:

- Botschafter Daniel Ospelt, dem ständigen Vertreter in Strassburg, für seine Unterstützung und für das Teilen seines grossen Hintergrundwissens. Ganz besonders für die Kurzberichte mit Einschätzung zur Liechtenstein-Relevanz zuhanden der Vorbereitungssitzung. Auch die Ad-hoc-Unterstützung vor Ort war immer sehr hilfreich.
- Christine Arnaud für die organisatorische Unterstützung in Strassburg, welche immer bestens klappt.
- Dem diplomatischen Mitarbeiter Manuel Frick für sein professionelles Einbringen der Regierungsposition beziehungsweise der Position unseres Landes.

- Sandra Gerber-Leuenberger für ihre Rundum Unterstützung von A-Z. Beginnend mit der Unterstützung im Vorfeld, über die Mitarbeit vor Ort, bis hin zur Unterstützung beim Erstellen des Jahresberichts.
- Beim Präsidium für die positive Prüfung unserer Anträge.
- Als Delegationsleiter möchte ich mich auch ganz herzlich bei meiner Delegation für ihre positive und engagierte Mitarbeit bedanken.

Die Delegation hat sich für das Jahr 2015 erneut einige Ziele gesetzt und ich wünsche der Delegation und allen involvierten Kräften gutes Gelingen beim Erreichen dieser Ziele.

Ich bitte den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2014 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Gerold Büchel

Schellenberg, im Februar 2015